

# Fortsetzung der Zensurdebatte.

Reichstagsitzung vom 6. Juni 1918.

Am Tisch des Bundesrats: von Bayer, Wallraf.  
Nach Abschluß der Präsidentenwahl wurde die Aussprache über  
Zensur und Belagerungszustand fortgesetzt.

Kapitän z. S. Boh-Eb antwortet auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Gothein, soweit sie sich gegen den Admiralstab der Marine richten. Es sei unrichtig, daß der Abg. Struve auf bestimmte Angriffe des Grafen Reventlow nicht antworten durfte. Veröffentlichungen wurden nur verboten, soweit sie vertrauliche Mitteilungen enthielten, die der Staatssekretär dem Hauptauschusse gemacht hatte. Herr Gothein habe Beschwerde geführt über Korrekturen an Artikeln des Kapitän a. D. Perlius. Perlius habe aber selbst gebeten, seine Artikel, wenn sie zensurwürdige Angaben enthielten, nicht einfach zu verbieten, sondern Streichungen vorzunehmen. Der Artikel des Kapitän a. D. Perlius über die Schlacht am Stageratz habe einen ungünstigen Eindruck im Ausland hervorgerufen. Solche Auslandsstimmen liegen bereits vor. Ein Marineattaché hat ungefragt mitgeteilt, daß der Artikel von der deutschfeindlichen skandinavischen Presse ausgenutzt wird. Der Attaché hob hervor, daß es dort ungünstig gewirkt habe, daß ein deutscher Seeoffizier die deutschen Erfolge herabsetzt und der feindlichen Propaganda Material geliefert habe. (Lachen links.)

Abg. Herzfeld (U. Soz.): Der Belagerungszustand ist ein Bruch der Verfassung. Unter ihm hat besonders die Unabhängige Sozialdemokratie zu leiden, deren Versammlungen verboten werden. Der Redner bringt eine Reihe von Einzelbeschwerden vor. Uns allein sind im Dezember und Januar mehr als 99 Versammlungen verboten worden. (Hört, hört! bei den U. Soz. — Abg. Albrecht (U. Soz.): Die ganze Statistik des Generals v. Wisberg ist Schwindel — Vizepräsident Dove ruft den Abg. Albrecht zur Ordnung. — Abg. Albrecht (U. Soz.): Wahr wird sie dadurch nicht — Vizepräsident Dove: Derartige Angriffe haben aber zu unterbleiben gegenüber einem Vertreter der Regierung.) Unsere Parteigenossen werden rücksichtslos eingezogen. Bei den „abhängigen“ Regierungssozialisten aber herrscht völlige Freiheit. Diese Herren fördern die Ziele der Generalkommandos. Das Generalkommando in Münster hat eine sogenannte Aufklärungsbroschüre von „abhängigen“ Arbeitersekretären schreiben lassen. Das sind Vertreter an ihren Klaffengossen. (Lebhafte Unruhe bei den Soz. und Auser: Sanswurf! Petroleumdieb! — Abg. Noke (Soz.): Wir lassen uns von dem Keel nicht beschimpfen! — Kärmende Rufe der U. Soz.) Die Ausgabe einer täglichen Zeitung für Berlin wird uns trotz aller Anträge nicht gestattet. Der Redner wendet sich gegen den Abg. Noke. (Abg. Noke (Soz.): Fangen Sie nicht mit mir an, sonst können Sie was erleben! — Heiterkeit.) Das Wort vom 4. August muß jetzt umgeändert werden. Es heißt jetzt: Ich kenne nur noch Alldeutschland und man kennt eine Partei, die außerhalb des Gesetzes gestellt ist, das sind wir unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Werner-Gießen (D. Fr.): Dieser Streit zwischen den Unabhängigen und den Regierungs-Sozialisten interessiert den Reichstag wenig. Das ist eine Privatangelegenheit. In Lodz werden die Briefe der dortigen deutschen Oberlehrer am Lyzeum überwacht, während andere Beamte, sogar solche, die aus russisch-Polen gebürtig sind, die Feldpost benutzen dürfen. Deutschfeindliche österreichische Zeitungen kommen noch immer über unsere Grenze. Der Alldeutsche Verband ist Herrn Gothein dankbar für die große Heldentat, die er mit seiner ausgebeuteten Rede für ihn gemacht hat. Viele Leute werden sich jetzt doch nach den Zielen des Verbandes erkundigen. Wir verlangen amtliche Aufklärung über die Vertretung des Judentums in den Kriegsgesellschaften. Das Volk weiß schon Bescheid und wird bei den nächsten Wahlen die richtige Antwort geben. Die Klagen über die Papiernot sind zum Teil berechtigt. Das „Berliner Tageblatt“ und andere demokratische Blätter erhalten ganze Eisenbahnabladungen von Papier, während in der Provinz die kleinen Blätter schwer um ihr Leben ringen müssen. Der Vater dieser Papierverteilung ist Herr v. Bethmann Hollweg, der damals als obersten Grundfah aufstellte, daß die Zeitungen die Regierungspolitik zu unterstützen hätten. Daraufhin wurden alle Blätter, die anderer Ansicht waren, als „Piraten der öffentlichen Meinung“ verfolgt. Die Schrift des Herrn Kapp ist ja jetzt freigegeben worden, aber andere sind noch verboten. Das gilt besonders von der Schrift des Professors Dr. Viebig.

Abg. Poppsch (Vole) führt Beschwerde über das Verbot politischer Versammlungen, besonders im Wahlkampf in Ost- und Westfalen. Die Kofiziusleser wurden verboten, aber das politische Rationalbewußtsein wird nicht untergehen. Die geistige Anechtenschaft des Belagerungszustandes muß aufhören.

Abg. Meerfeld (Soz.): Durch die maßlosen Angriffe der „Unabhängigen“ wird die Würde des Reichstages nicht gehoben. An der Konferenz in Münster haben auch „Unabhängige“ teilgenommen. Während wir Veränderungen der Broschüre durchführten, haben die „Unabhängigen“ in sieben Sprachen geschwiegen. Die Beschimpfungen hochverdienter Arbeiterführer durch einen Mann wie Herzfeld richten sich von selbst. (Beifall b. d. Soz.) Die Maßnahmen der Zensur beweisen wenig staatsmännischen Geist. Die Methoden der Generalkommandos erinnern an das Wort, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren kann.

Auf der anderen Seite werden die maßlosesten Beschimpfungen der Reichstagsmehrheit und die niedrigsten persönlichen Berührungspunkte einzelner Abgeordneter unbeanstandet zugelassen. Ein Redakteur der „Täglichen Rundschau“ darf gegen Herrn Erzberger eine Broschüre schreiben, die unsäglich Angriffe enthält. Dem Abg. Scheidemann wird täglich nachgesagt, er arbeite Hand in Hand mit den Feinden und begehe Landesverrat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Zensur beeinträchtigt das Ansehen der Presse. Beim letzten Fliegerangriff in Köln wurden auf der Stelle 25 Personen getötet. Obwohl das in Köln jedes Kind wußte, mußte die Presse nach 10 Stunden melden, daß „leider ein Opfer“ zu verzeichnen sei. Die Presse mußte auch schreiben, die Kölner Bevölkerung habe die Alarmsignale nicht beachtet und sei mit Schuld an den Opfern, obwohl festgestellt worden ist, daß schwere Unterlassungssünden vorliegen waren, und daß die Alarmsignale erst einsetzten mit dem Niederfall der ersten Bombe. (Hört, hört!) Immer häufiger werden jetzt auch die Verdränge der Zensur auf dem Gebiete der Kunst. Die ganze Richtung paßt der Zensur nicht. René Schickles „Hans im Schnakenloch“ durfte 99 mal gegeben werden und wurde dann verboten. Sagenlevers Drama „Der Sohn“, das in Mannheim und Nürnberg öffentlich aufgeführt werden durfte, ist in Berlin noch heute verboten, ebenso Goerings „Seesicht“. Weshalb nehmen sich diese Schriftsteller auch nicht Herrn Max Beyer zum Vorbild? (Sehr gut! links.) In Breslau sind nach Herrn v. Wisberg alle öffentlichen Versammlungen verboten. Der Bund der Landwirte aber hat am 10. April in Breslau eine Versammlung mit einer politischen Rede des Grafen Carmer abhalten können.

## Abg. Dr. Müller-Meinungen (Up.):

Charakteristisch war, daß der einzige Redner, der eine Besserung in den Zensurverhältnissen festgestellt hat, der konservative Abg. Graefe war. (Sehr gut! links.) Er sprach freilich auch das charakteristische Wort aus: wir wollen keinen Burgfrieden, der bei einem längeren Kriege vielleicht möglich gewesen wäre. Dieses Wort wollen wir uns merken. (Sehr richtig! links.) Herr v. Graefe sprach auch von dem abflauenden Interesse der Öffentlichkeit an dieser Aussprache. Wir lassen uns in der Bewunderung

der Heldentaten unserer Brüder und Söhne im Felde nicht überreifen, die jetzt Weltgeschichte machen. Aber gerade unter diesem Gesichtspunkt war es nicht notwendig und verriet sehr wenig Takt, daß Herr v. Graefe seine Bewunderung für die Leistungen unseres Heeres zu einem parteipolitischen Zweck ärgster Art mißbraucht hat. (Sehr richtig! links.) Er hätte seiner Bewunderung eine andere Form geben können. Richtig ist, daß das Interesse der Öffentlichkeit abgelaufen ist. Aber weshalb? Weil unser Kampf gegen dieses System, das auf die Dauer für das Durchhalten die allergrößten Gefahren mit sich bringt, so ganz erfolglos und damit hoffnungslos zu sein scheint. (Sehr richtig! links.) Man schämt sich allmählich, im Reichstage über diese Dinge noch zu sprechen, weil eben trotz der Einmütigkeit der großen Mehrheit des Reichstages so gut wie kein Erfolg winkt. Das gibt der Aussprache auch einen so niederdrückenden Charakter. (Sehr richtig! links.) Man beweist damit einen gewissen Mangel an Vertrauen zum deutschen Volk. Was helfen all die schönen Sprüche von den einzigartigen Leistungen unseres Volkes in der Heimat, wenn die Handlungen das Gegenteil dieses Vertrauens beweisen. (Sehr richtig! links.) Typisch ist die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Die meisten stellvertretenden kommandierenden Generale aber pfeifen einfach auf das Vereinsgesetz und die Novelle von 1916. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wir verallgemeinern nicht, wir erklären ausdrücklich, daß wir mit der Handhabung der Verordnungen im Bereiche des V. Armeekorps (Posen) die besten Erfahrungen gemacht haben. Um so unverständlicher ist uns, daß der kommandierende General in Breslau, wo die Verhältnisse ganz gleich liegen, so rigoros vorgeht. In dieser systemlosen Willkür liegt die größte Gefahr. Herrn v. Wisberg sei gesagt, daß man die Vaterlandspartei mit dem Aufbau der deutschen Gewerkschaften vergleichen kann. Seine ganze Statistik ist keinen Schuß Pulver wert. (Unruhe rechts.) Die Rede des Staatssekretärs Wallraf haben wir nun drei Jahre lang gehört. Gewiß besteht auch in England, Frankreich und Italien eine Zensur. Aber Deutschland mit seiner günstigen militärischen Lage sollte auf so jämmerliche Mittelchen verzichten, wie man sie in Paris und London nötig hat. Der gute Fortgang der militärischen Operationen muß gesichert sein. Aber was wir behaupten und beweisen haben ist, daß in 99 v. H. aller Fälle die Zensur sich in Dinge mischt, die mit den militärischen Interessen nicht das geringste zu tun haben. (Zustimmung links.) Der

## Mißbrauch der Kommandogewalt zu parteipolitischen Zwecken

ist kränkend und verlegend. Das Tolle ist das Vorgehen gegen den Herausgeber der „Liberalen Korrespondenz“. Die L. C. veröffentlichte ein Schreiben des Landrats v. Püttlamer in Swinemünde, das geradezu lässlich bewies, daß die Vaterlandspartei nichts weiter ist als eine Kulis für konservative Parteibestrebungen. Das Schreiben stellt den Versuch dar, mit Hilfe der Vaterlandspartei die Wahlsichten für die Konservativen in Pommern zu verbessern und war für eine übergeordnete Stelle bestimmt. (Lebh. Hört! hört! links u. i. Str.) Wer ist die übergeordnete Stelle, die sich derart in den Kampf der Parteien einmischt? Es ist Herr v. Bietinghoff in Steffeln. (Hört! hört!) Gegen den Herausgeber der L. C. wurde ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet, der sollte politische Skandal, der seit langer Zeit da war. (Lebh. Zustimmung links u. i. Str. — Abg. Arath: Sie deden einen Dieb! Herr Kandel wurde zunächst mit 50 M. bestraft, dann aber mit Verhaftung bedroht. (Hört! hört! links.) Dabei hat er den Brief gar nicht von einem Beamten, sondern von einem Reichstagsabgeordneten erhalten. (Abg. v. Graefe: Von wem?) Das geht Sie gar nichts an! (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts: Sie arbeiten mit gestohlenen Briefen! — Lachen links.) Das Zeugniszwangsverfahren gegen die L. C. wird — und das ist das Schlimmste — bearbeitet mit dem Verrat militärischer Geheimnisse. (Sturm. Hört! hört! links u. i. Str.) Also, wenn die Vaterlandspartei eine Aktion unternimmt, um mit Hilfe eines preussischen Landrats und eines kommandierenden Generals bessere Wahlen für die Konservativen zu machen, so ist das ein militärisches Geheimnis, das nicht verraten werden darf. (Gr. Unruhe links. — Zurufe: Skandal!) Das kann nur Herr v. Bietinghoff fertig bringen, der in geradezu skandalöser Weise Amt und Politik miteinander verquilt. Abge Dr. Spahn auch als Justizminister für die Beseitigung des Zeugniszwangsverfahrens gegen die Presse wirken. Jedenfalls lassen wir es uns nicht länger gefallen, wenn ein kommandierender General offen parteipolitisch treibt, wenn er unter Mißbrauch höchster militärischer Interessen Nichtwidrigkeiten eines Beamten deckt. (Abg. v. Graefe: Sie deden den Dieb! — Abg. Kopsch: Talmijunker!) Wir wehren uns dagegen, daß uns die Erwidernungen verboten werden, wenn die Unrechtmäßigen und die Konservativen unter offener Protektion militärischer Stellen den Reichstag und die Reichsleitung in der pöbelhaftesten Weise beschimpfen. Diese militärische Rehenregierung verwirrt unser ganzes politisches Leben. Jetzt hat ein Kommissar ritterlicher Landgüter des Aushebungsbezirkes Rostock sogar ein Dienstschreiben unseres Reichstaatsbüros geöffnet. Das ist ein Skandal, eine Beleidigung des Parlaments. Wo ist die Regierung, die uns schützt? Weil Jement beschlagnahmt ist und nicht angepriesen werden darf, durfte in einer schändlichen Zeitschrift Jahnzeiment nicht angepriesen werden. (Sturm. Heiterkeit.) Der Nummlauf verdient, daß man ihm die Köhne mit Mauerzement ausfüllt. (Heitere Zustimmung.) Eine Postkarte mit zwei biden deutschen Babys als Beweis gegen die Aushungerung durfte nicht nach der Schweiz, weil sie „Anfichten“ enthielt. (Sturm. Heiterkeit.) So kann und so darf es nicht weitergehen. Eine Grenze zwischen politischen und militärischen Dingen muß gefunden werden. Je eher die politische Zensur beseitigt wird, desto besser. (Lebh. Beifall links.)

## Staatssekretär Wallraf:

Die Fülle des vorgetragenen Materials ist kaum zu bewältigen. Am längsten hat Herr Gothein gesprochen, aber nicht alles, was er sagte, war hieb- und stichfest. Ich habe die Zensur nie gelobt, habe sie immer nur als Kriegsnotwendigkeit bezeichnet und stets bedauert, daß wir im Kriege gezwungen sind, die bürgerlichen Freiheiten so weit einzuschränken. Für den Inhalt von Flugblättern und Artikeln, die hier verlesen worden sind, kann man die Regierung nicht deshalb verantwortlich machen, weil die Zensur es zugelassen hat. Das geht zu weit. Die „Deutsche Zeitung“ ist nie bei der Papierlieferung bevorzugt worden. Den Postisten sind inzwischen größere Freiheiten eingeräumt worden. Gewiß gibt es unter ihnen Leute, die das beste wollen. Aber jetzt im Kriege, wo der Kriegswille unserer Feinde noch immer zum äußersten entschlossen ist, können wir nicht politische Literatur jeder Art ungehindert verbreiten lassen. Die Zensur ist kein Ausfluß des Militarismus, sie besteht in allen anderen Ländern und auch die Bolschewiki haben auf sie nicht verzichten können. Alle vorgetragenen Fälle werden geprüft werden. Hauptsächlich kommen wir zu einer Verständigung.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Mißstände werden bleiben, solange der Reichstag von seinen Machtmitteln keinen Gebrauch macht. Wir verlangen die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Kandes. Ein schwarzes Kabinett läßt eine geheime Briefkontrolle über Mitglieder nicht nur beider sozialdemokratischer Fraktionen, sondern auch anderer Parteien. (Hört, hört!) Das ist ein Verfassungsbruch.

Damit schließt die Aussprache. Die Ausschufanträge werden angenommen.

## Der Geschäftsordnungsantrag zur Präsidentenwahl.

Der zu Beginn der Sitzung angekündigte Geschäftsordnungsantrag über die Regelung der Vizepräsidentenfrage ist eingelaufen. Er trägt die Unterschriften der Abgeordneten Gröber, Antrich, Bren, Dr. Doormann, Ebert, Fickel, Haußmann, Hildenbrand, Hoff, Landsberg, Dr. Mahinger, Dr. Müller (Meinungen), Strolowich, Dr. Stresemann, Dr. Struve. Der Antrag lautet: Der Reichstag wolle beschließen:

I. die Geschäftsordnung für den Reichstag dahin abzuändern: Der § 9 Abs. 2 und § 13 Abs. 2 erhalten folgende Fassung: § 9 Abs. 2. Die Wahl des Präsidenten, Johann der drei Vizepräsidenten erfolgen in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit. — § 13 Abs. 2. Der Präsident vereinbart mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorhinein.

II. auf Grund des vorstehenden § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung den zwei im Amt befindlichen Vizepräsidenten einen weiteren Vizepräsidenten hinzuzuwählen.

Der Antrag geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Anfragen, der erwähnte Geschäftsordnungsantrag und Schluß.

Schluß 8 Uhr.

## Resolutionen und Anfragen.

Die Abgeordneten Albrecht und Genossen haben im Reichstag zur Staatsberatung eine Resolution eingebracht, die Vorschriften über die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften dahin zu ändern, daß im § 1 des Gesetzes die Worte „im Falle der Bedürftigkeit“ gestrichen werden. Die Unterstützung soll mindestens betragen: für die Ehefrau monatlich 40 Mark, für jeden sonstigen Berechtigten 20 Mark. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützungen aus ihren Mitteln durch Zuschläge zu erhöhen, die den örtlichen Verhältnissen anzupassen sind. Diese Zuschläge müssen in Gemeinden unter 5000 Einwohnern mindestens 50 v. H., mit 5000 bis 20 000 Einwohnern mindestens 60 v. H., mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern 75 v. H., mit mehr als 50 000 Einwohnern 100 v. H. betragen, im § 5 genannten Höhe betragen. Gemeinden, welche diese Zuschläge aus eigenen Mitteln nicht leisten können, ist der fehlende Teil vom Reich zu erstatten. Im § 12 des Gesetzes ist die Frist für die Rückerstattung der von den Gemeinden verauslagten Unterstützungen auf 6 Monate festzusetzen. Im § 3 Abs. 1 der Bekanntmachung ist an Stelle von 1000 Mark zu setzen 1500 Mark, an Stelle von 1200 Mark zu setzen 2400 Mark, an Stelle von 1500 Mark zu setzen 3000 Mark.

In kleinen Anfragen weist der Abg. Altsch auf Unzuträglichkeiten in der Mehl- und Brotversorgung des Kreises Hirschberg i. Schl., der Abg. Müller-Meinungen auf die Lieferung schlechter „Tabak“-Mischungen an das Heer durch einzelne Lieferanten und auf den Lynchmord an dem Deutschen Prager in Illinois, der Abg. Bren auf die Verzögerung der Erschaffung für beschlagnahmte Türbeschläge hin.